

Editorial

Die in seiner Satzung vorgeschriebene Aufgabe des Lehrstuhls für deutsche und österreichische Studien ist es, das deutschsprachige Mitteleuropagebiet in seiner Komplexität zu untersuchen und zu vermitteln. Dazu muss die Perspektive der modernen Geschichte und Zeitgeschichte mit einer politologischen, juristischen, wirtschaftswissenschaftlichen, soziologischen und kulturwissenschaftlichen Betrachtungsweise verbunden werden. Um diese Aufgabe zu konkretisieren, haben sich die Mitarbeiter des Lehrstuhls jüngst entschieden, ihre eigene und auch die – prägraduale wie postgraduale – studentische Forschungstätigkeit auf die Geschichte und Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland zu fokussieren. Das Ziel ist es, eine multidimensionale, problemorientierte Synthese der Geschichte der BRD zu verfassen. Die bisherigen tschechischen Kenntnisse des größten und sowohl wirtschaftlich als auch politisch wichtigsten Nachbarn der Tschechischen Republik sind nämlich bis heute – trotz einer Reihe von wertvollen Studien und der Übersetzungen mehrerer Monographien ins Tschechische – weniger als ungenügend.

Die in diesem Band publizierten Studien verbinden in ihrer Betrachtung die zeitgeschichtliche und die aktuelle politische Perspektive. Besonders deutlich ist dies im Fall der Studie von **Pavlna Richterová, Der lange Weg zum Dialog. Ein Jahrhundert deutsche Auswärtige Kulturpolitik 1912–2001**. In dem ersten, historischen Teil ihrer – durch den prestigevollen Hlavka-Preis im Jahre 2003 ausgezeichneten – Studie bietet die Autorin eine Übersicht über die Entwicklung der deutschen auswärtigen Kulturtätigkeit seit dem Ende der wilhelminischen Epoche über die Weimarer und die NS-Zeit bis zur Gründung der Bundesrepublik und über die schrittweise erreichte Gestaltung eines neuen Kulturimages des westdeutschen Staates. Es folgt eine schlüssige

Schilderung der Entwicklung der bundesdeutschen auswärtigen Kulturpolitik mit dem Schwerpunkt in den 70er und 80er Jahren – leider ohne ein Gegenbild für die ehemalige DDR, für welche bisher keine ausreichenden Studien zu dieser Problematik vorliegen.

Nach diesem synthetisierenden Teil folgt eine analytische, auf der Grundlage der Staatspapiere, der parlamentarischen Dokumentation und der bürgerlichen Publizistik basierende Schilderung der auslandsbestimmten Kulturpolitik des vereinigten Deutschlands unter Helmut Kohl und in den ersten Jahren der rot-grünen Koalition. Richterová untersucht hier die Entwicklung der Zielaufgaben, der Akzentlegung und auch der finanziellen Bedingungen für die Formierung der neuen auswärtigen Politik in dem sich rasch verändernden Europa und der sich globalisierenden Welt. Ihr Aufsatz endet mit der Analyse der von Joseph Fischer formulierten „Konzeption 2000“. Diese stark quellengestützte Arbeit ist für Tschechien von grundlegender Bedeutung und sollte nicht nur von Historikern und Deutschlandforschern gelesen werden.

Magda Gregerová konzentriert ihre Aufmerksamkeit auf die **Entwicklung der tschechoslowakisch-westdeutschen Beziehungen in den Jahren 1949 bis 1961**, und zwar unter dem Blickwinkel der Frage, ob diese tschechoslowakische Politik auch „nationale Interessen“ berücksichtigte oder nur im Banne des von Moskau gelenktes sozialistischen Internationalismus stand. Die Studie von Magda Gregerová stützt sich auf umfangreiche Recherchen im Archiv des Außenministeriums der Tschechischen Republik (Archiv MZV ČR) und im Bestand des Nachlasses, des ersten Sekretärs der KSČ und Präsidenten der Republik bis zum Jahre 1968, Antonín Novotný, im Prager Zentralstaatsarchiv (SUA). Die Verfasserin kommt zu dem Schluss, dass die tschechoslowakischen Entscheidungsträger in der erforschten Epoche keineswegs die – vor allem wirtschaftlichen – Interessen der Republik berücksichtigt haben. Vielmehr ließen sie sich, vielleicht mit Ausnahme der etwas pragmatischer orientierten Politik der Jahre 1953/54, einzig von dem Gedanken leiten, durch absoluten Gehorsam und eine voreilige Durchsetzung der manchmal eher vermuteten außenpolitischen Linie des Kremls in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das eigene politische Überleben zu sichern.

Andererseits bekräftigt die Autorin die bekannte Tatsache, dass Konrad Adenauer und seine außenpolitischen Experten keineswegs sonderlich bereit waren, auf einige der von den sowjetischen Satelliten ausgehen-

den Impulse einer möglichen Annäherung einzugehen. Die – seltenen – Angebote oder eher nur Sondierungen möglicher bilateraler Kontakte wurden vielmehr mit Schweigen beantwortet. Man glaubte, und umso mehr seit der Erklärung der Hallstein-Doktrin, dass nur die Beziehungen mit der Sowjetunion Wert und Sinn hätten, und wollte mit den anderen Nachbarn hinter dem eisernen Vorhang keine Zeit und Energie verschwenden.

Die Studie von **Johana Jonáková, Vergleich der politischen Diskussionen über den Paragraphen 218 in den 1970er und 1990er Jahren vor dem Hintergrund der Aktionen der Frauenbewegung** konzentriert sich auf das zentrale Thema der so genannten „Neuen Frauenbewegung“ der 70er und im zweiten Anlauf (zwar mit einer geringeren Intensität, aber dafür mit einem neuen „ostdeutschen“ Schwerpunkt) der 90er Jahre: auf die Debatte über die Freigabe des Rechts der Frauen auf Abtreibung (i.e. die Beseitigung des Paragraphen 218 BGB). Dieses (sicher eng begrenzte) Thema steht exemplarisch für die unvergleichbar breitere Problematik der stufenweise erfolgreichen Frauenemanzipation und der Suche nach einer neuen Positionierung der Frau in der bundesrepublikanischen Politik und Gesellschaft. Möchte man auf tschechischer Seite die Umgestaltung der modernen deutschen Gesellschaft in grundsätzlicher Hinsicht untersuchen, dann gehört das Thema des Kampfes der Frauen gegen den Paragraphen 218 zu den „Schlüsselproblemen“, die den weiteren Blick auf die Umbrüche in der Frauenbetrachtung in der deutschen Demokratie nach Adenauer ermöglichen.

Was an der Arbeit von Johana Jonáková methodisch besonders hoch zu schätzen ist, ist die Vielschichtigkeit der Quellenrecherchen: Es wurden Regierungspapiere, die parlamentarische Dokumentation, die Legislative, aber auch die Publizistik, Literatur und nicht zuletzt die Reflexion in den „Frauenzeitschriften“ und der feministischen Publizistik ausgewertet und zu einem Gesamtbild gefügt. Auf dieser Basis war es der Verfasserin möglich, den ursprünglichen Rahmen ihrer Studie, also die Untersuchung der politischen Diskussionen vor dem Hintergrund der Frauenbewegung, zu überschreiten und die Wandlung der „gesellschaftlichen Mentalität“ bzw. der als „Normalität“ betrachteten gesellschaftlichen Wahrnehmung der sich neu gestaltenden Modelle der Rolle der Frau zu thematisieren. Es ist in diesem Kontext wichtig, dass Jonáková bei der Schilderung der Abtreibungsdebatte die Argumente pro und contra sehr ausgewogen (also weder

feministisch noch christlich-konservativ) vermittelt und auch die in der glühenden Diskussion vergessenen sozialen Kontexte dieser Problematik zumindest kurz skizziert.

Eva Horelová behandelt in ihrer Studie **Zuwanderungspolitische Diskussion der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Hintergrund und Lage der Debatte – 14. Legislaturperiode (1998–2002)** ein hochaktuelles Thema. Die Autorin verfolgt in ihrer Arbeit aber nicht nur die eigentliche politische Verhandlung, sondern behandelt vielmehr die gesamte Entwicklung der politischen Reflexion der Einwanderungsproblematik in Deutschland.

Deutschland hat sich im Laufes des 20. Jahrhunderts vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland gewandelt, es haben sich bereits Millionen von Zuwanderern und Ausländern dauerhaft in Deutschland niedergelassen. Ihr zahlenmäßiger Anteil an der – nun schon mehr als zehn Jahren vereinigten – deutschen Gesellschaft beträgt heute fast ein Zehntel. Die größten Gruppen bilden am Anfang des 21. Jahrhunderts die Türken und Russlanddeutschen bzw. weitere Immigranten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Gleichzeitig schrumpft der Bevölkerungszuwachs der indigenen deutschen Gesellschaft erheblich – ein möglicher und, wie ein Teil der Sozialforscher behauptet, notwendiger Bevölkerungsanstieg findet nur noch durch die Zuwanderung von Ausländern statt. Trotz des Anwerbestopps wurden in den Jahren 1992–1994 jeweils über eine Million Arbeitsgenehmigungen für Saison-, Werkvertrags- und Gastarbeitnehmer erteilt, und die Ausländerbeschäftigung boomt wie seit Anfang der 1970er Jahre nicht mehr. Die Realität eines Einwanderungslandes wird von vielen Politikern jedoch weiterhin geleugnet. Die Veränderung der Mentalität der deutschen Gesellschaft und Politik im Hinblick auf so grundsätzliche Veränderungen war und wird keine einfache Angelegenheit sein. Die Probleme der nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch kulturellen oder Werteintegration der Einwanderer zeigen erst jetzt ihr wirkliches Ausmaß.

Horelová untersucht die Arbeitsmarkteingliederung der Einwanderer der 80er und 90er Jahre, ihren Einfluss auf die Arbeitslosenquote und die öffentliche Meinung in diesem Kontext. Seit dem sog. Asylkompromiss von 1993 wurde das deutsche Ausländerrecht nicht umfassend reformiert. Im Zeitraum 1994–1998 gab es zwar umfangreiche Reformversuche, die Parteien waren allerdings nicht im Stande, ein Konsens in die-

ser Sache zu finden. Umso ausführlicher und systematischer untersucht daher die Verfasserin die ausländerpolitische Debatte in der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung (1998–2002) bis zur Vorlegung der zuwanderungspolitischen Konzepte der Bundestagsparteien. Zu diesem Zweck untersucht sie die Zuwanderungsmodelle aller im Bundestag vertretenen deutschen Parteien. Den Kern der Arbeit von Horelová stellen aber schließlich die Bundestags- und die nachfolgende Bundesratsdebatte über die Gesetzesvorlage der rot-grünen Bundesregierung dar, die die Verfasserin ausführlich schildert und erläutert. Da es in diesem Rahmen zu einem kontroversen politischen Beschluss gekommen ist, schildert sie dann – auch im Kontext der EU-Rechtslage – das Nachspiel und seine Reflexion durch die deutsche öffentliche Meinung.

Nicht nur für die Zuwanderungsdebatte, sondern für die ganze deutsche Gesellschaft als grundsätzlich wichtig erwies sich in diesem Zusammenhang im Übrigen auch die bekannte Bundestags- und Pressediskussion über die sog. deutsche „Leitkultur“ (also die Gegenüberstellung der Nationalkultur und der multikulturellen Gesellschaft als Folie für die Eingliederung der Immigranten), die durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Friedrich Merz vor dem Hintergrund einiger Gesetzesentwürfe und der Arbeit der sog. Süsmuth-Kommission und der CDU-Zuwanderungskommission angestoßen wurde.

Die vier thematischen Studien werden in diesem Band durch eine umfangreiche Sammelbesprechung ergänzt. **Marie Mrázková** und **Lucie Pánková** haben eine Recherche in europäischen und nordamerikanischen, französisch-, englisch- und deutschsprachigen historischen Zeitschriften aus den Jahren 1998–2002 unternommen, um die Fachpublikationen zu ermitteln, die sich mit der (im weitesten Sinne des Wortes) „Rekonstruktion“ von Europa und Nordamerika in der zweiten Hälfte der 40er Jahre (1944–1949) beschäftigen. Eine großangelegte Sammlung der Besprechungen erlaubt es den Autorinnen, die gewonnene Literatur regional und thematisch zu gliedern, zu charakterisieren und auch ein Gesamtbild der jüngsten westlichen historiographischen Produktion zu dieser Epoche zu verfassen.

Nach einem Einführungskapitel über die gesamteuropäische Problematik folgt zunächst eine Übersicht über die umfangreiche Bücherproduktion, die die Entwicklung Deutschlands zwischen dem Kriegsende und

der Gründung der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik behandelt. Den umfangreichen Schwerpunkt der Besprechung (fast die Hälfte des gesamten Aufsatzes) bildet allerdings die Literatur zur deutsch-deutschen Problematik, die ein zentrales Thema der zeitgeschichtlichen Historiographie der Nachkriegszeit darstellt.

Jiří Pešek